

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Postanschrift: Tagesblatt Riefa.
Beruf Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 153.
Girafosse Riefa Nr. 52.

Nr. 225.

Sonnabend, 26. September 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 28 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Letzte Zeile. Bezwilgter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Drucker oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Wanger & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. W. F. Zeiswäcker, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riefa.

Das Ende der Entente?

Bei den neuerlichen Erörterungen über die Zweckmäßigkeit der Sicherheitsverhandlungen ist von politischer Seite ein bemerkenswerter Hinweis auf die ganze Tragweite der gegenwärtigen außenpolitischen Entwicklung gemacht worden. Dieser Hinweis besteht darin, daß das Zustandekommen eines Sicherheitspaktes gleichbedeutend wäre mit dem endgültigen Aufheben der Entente unter den alliierten Ländern. Unter denjenigen Mächten, die am Sicherheitspakt beteiligt sind, würde dann eine vollständig neue Konstellation eintreten, innerhalb der dem Deutschen Reich eine gleichberechtigte Stelle eingeräumt werden könnte. Allem Anschein nach handelt es sich hierbei um einen Gedanken, der vom Außenminister Dr. Stresemann ausgeht, und der durch den Gang der letzten diplomatischen Verhandlungen seine Gestalt anzunehmen beginnt. Schon die Anerkennung des Prinzips, daß die am Sicherheitspakt teilnehmenden Mächte die Verpflichtung eingehen müßten, auch die deutschen Grenzen vor einem willkürlichen Ueberfall zu schützen, bedeutet einen völligen Umschwung der europäischen politischen Lage. Die notwendige Konsequenz durch den Sicherheitspakt zu einer noch großzügigeren Lösung der internationalen Machtprobleme führen muß. Sollten die Staatsmänner das Werk des Sicherheitspaktes wirklich zur Vollendung bringen, dann würde demnach Deutschland zu denjenigen Mächten gehören, die dazu berufen sind, im Falle einer Kriegsgefahr ihren Einfluß in die Waagschale zu werfen und an den Garantien für die Anschaffung des Rechts- und Friedensstandes mitzuwirken. Aus diesen Überlegungen erwachsen für die deutsche Politik eine Reihe von Aufgaben, die nicht nur die langfristige gleichberechtigte Stellung Deutschlands im Konzert der europäischen Großmächte betreffen, sondern die sogar darauf hinauslaufen, den künftigen Gang der europäischen Politik entscheidend zu beeinflussen.

In den deutschen diplomatischen Kreisen hält man es für sehr wahrscheinlich, daß sich die Staatsmänner Englands und Frankreichs auch ihrerseits mit beratenden Bedenken äußern könnten, und daß sie nicht an der Frage vorbeigehen können, welche Rolle man Deutschland bei der künftigen Umgruppierung der Kräfte zuschreiben gedenkt. In dem Augenblick, wo man von den durch den Sicherheitspakt eingetretenen neuen Rechtszustand sprechen kann, fällt der Begriff der „Entente der alliierten Mächte“ selbstverständlich weg. England, Frankreich, Belgien und Frankreich dürfen neben dem Sicherheitspakten keine anderen Bündnisverträge mehr schließen, sondern für sie gilt nur noch die Verpflichtung, die politischen, rechtlichen und moralischen Bindungen des Sicherheitspaktes anzuerkennen. Deutschland, das bisher einer mehr oder weniger geschlossenen Front der Alliierten gegenüber stand, wird aus seiner isolierten Stellung befreit und hat als Vertragspartner den Anspruch darauf, bei etwaigen Streitfragen ein Mitbestimmungsrecht geltend zu machen.

Dies sind nach Auffassung führender politischer Kreise die moralischen und idealen Vorteile, die Deutschland aus dem Zustandekommen eines Sicherheitspaktes ziehen könnte. Auf der anderen Seite ist die Frage zu stellen, welche Nachteile sich aus dem Sicherheitspakt für Deutschland ergeben werden. Da ist zunächst die Frage der Garantie der gegenwärtigen Grenzen, die faktisch bedeutet, daß Deutschland jeden Versuch aufgibt, Elsaß-Lothringen zurückzugewinnen. Dieses schwere Opfer kann auch keineswegs dadurch abgemildert werden, daß man behauptet, es könnte sich in später Zukunft einmal eine Möglichkeit herausstellen, auf dem Wege gültiger Vereinbarungen die Elsaß-Lothringische Frage neu zu regeln. Ein solcher Gedankenweg ist vorläufig viel zu abstrakt, als daß er in irgend einer Hinsicht als Entlastungsargument angeführt werden dürfte. Ein weiterer Nachteil ergibt sich aus dem ganzen System der Schiedsgerichtsverträge. Wenn auch von vornherein die Gefahr besteht, daß Frankreich sich als Garant für die Sicherstellung der Schiedsverträge im Osten aufstellen könnte, so bedeutet der Schiedsgebote von vornherein den moralischen Zwang, sich dem Urteilspruch juristischer Organe zu unterwerfen und auf jedes Mittel der Politik, sich anderweit Recht zu verschaffen, zu verzichten.

Am schwerwiegendsten aber ist die Forderung der anderen Länder, Deutschland müsse dem Völkerbund angehören, wenn es zum Sicherheitspakt zugelassen werden will. Die Zugehörigkeit zum Völkerbund bedingt gleichzeitig die Preisgabe einer völlig unabhängigen Stellung und die Übernahme neuer moralischer Verpflichtungen, die internationalen Verträge zu wahren und sich den Beschlüssen des Völkerbundes zu unterwerfen. Darin wird die deutsche Politik mit größter Vorsicht alle positiven und negativen Momente abwägen müssen, ehe sie sich auf unabsehbare Zeit hinaus bindet.

Offensive gegen die Druzen.

Paris. Nach einer von der Ere Nouvelle wiedergegebenen Nachricht meldet man aus Damaskus, daß eine große französische Offensive gegen die Druzen bevorsteht. 20 000 Mann mit 44 Tanks und 82 Panzerautos und 140 Flugzeugen sollen an dieser Operation teilnehmen.

Damas meldet, General Camelin hat seine Kommandostelle nach Suaida verlegt. Die Garnison von Suaida wird so schnell wie möglich nach Damaskus zurückkehren. Die Druzen haben sich nach allen Richtungen hin zerstreut. Die französischen Verluste sind äußerst gering.

Der Auftakt zur Vattkonferenz.

Vor Ueberreichung der deutschen Antwort.

Wie wir erfahren, wird die deutsche Antwort auf die alliierte Einladung am Sonnabend gleichzeitig in Paris, London und Brüssel erfolgen. Unmittelbar darauf soll ein Zeitpunkt und Ort der Konferenz bekannt gegeben werden. Die deutsche Mitteilung ist bereits am Freitag abend den deutschen Botschaftern in London und Paris und dem deutschen Gesandten in Brüssel durch Kurier zugeht worden. Von deutscher diplomatischer Seite wird darauf hingewiesen, daß in den ersten Tagen nach Eröffnung der Konferenz Zusammenkünfte unter den Staatsmännern vereinbart werden sollen. In erster Linie sind Besprechungen zwischen dem deutschen Reichskanzler und den Delegationsführern der Alliierten vorgesehen, in denen das offizielle Konferenzprogramm festgelegt werden wird.

Keine weitere Sicherheitskonferenz?

In den politischen Kreisen ist die Frage aufgeworfen worden, ob die bevorstehende Konferenz in Luzern endgültig sein soll, oder ob es notwendig werden wird, eine weitere Sicherheitskonferenz einzuberufen. Von einer hohen Persönlichkeit des Berliner Auswärtigen Amtes erfahren wir hierzu, daß wahrscheinlich auf allen Seiten das Bestreben vorherrscht, eine weitere Konferenz überflüssig zu machen, zumal die Situation genügend geklärt sei, um die Sicherheitsfrage zu einem positiven Abschluß zu bringen. Die Abmachungen der Staatsmänner müßten auf jeden Fall noch durch die beteiligten Regierungen ratifiziert werden, sodas kein Grund dazu vorliegt, die Konferenz ohne Resultat abzubrechen.

Die Befürchtungen Rußlands.

Die russische Sowjet-Regierung scheint nach den Informationen der diplomatischen Kreise auch jetzt noch fieberhaft bemüht zu sein, der Sicherheitspolitik der Westmächte durch ihre Verhandlungen mit Polen mit allen Mitteln entgegen-

zutreten. In Moskau behauptet man, daß der Westpakt für Rußland eine unerträgliche Situation schaffen werde, und daß Deutschland sich ganz vergeblich der Anbahnung abse, als ob es durch eine Beharrlichkeit seiner auswärtigen Politik absolut keine Abänderung in den Bestimmungen zu Rußland eintreten lassen werde. Wenn Deutschland den Sicherheitspakt im Westen abschließen werde, das Zustandekommen eines russisch-polnischen Bündnisses nicht mehr zu verhindern sein. Die russische Diplomatie habe Berlin gewarnt, aber diese Warnungen seien scheinbar ganz überhört worden.

Zur Vattkonferenz.

Ueber die Sicherheitspattkonferenz wird folgende offenbar offizielle Auslassung durch einige Morgenblätter verbreitet: In Frankreich ist man nicht der Ansicht, daß die am 5. Oktober beginnende Konferenz der Vorläufer einer umfangreichen Konferenz sein soll. Man will in Luzern mit der Frage des Sicherheitspaktes und den zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn vorgehenden Schiedsgerichtsverträgen zu Ende kommen. Man glaubt deshalb, daß die Konferenz 14 Tage dauern wird.

Der Kabinettsrat des Reichstages.

Der Kabinettsrat des Reichstages beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Dr. Richter mit dem Antrag der kommunistischen Fraktion, des Vizepräsidenten des Reichstages für die nächste Woche einzuberufen. Der Antrag wurde mit der außenpolitischen Lage und mit der Preisentwertung der Reichsregierung begründet. Alle anderen Parteien konnten zur Zeit noch keinen Anlaß zur sofortigen Einberufung des Reichstages sehen. Die Sozialdemokraten befaßten sich nur gelegentlich mit einer anderen Stellungnahme vor. Demnach bleibt es vorläufig bei dem vom Vizepräsidenten getroffenen Dispositionen, nachdem der Reichstag etwa am 19. November wieder zusammentreten sollte.

Die Preisentwertung der Reichsregierung.

In Ergänzung zu der Meldung über die gestrige Nachmittagsitzung der Minister- und Staatspräsidenten der Länder, in der mit der Reichsregierung über die Maßnahmen zur Preisentwertung beraten wurde, weiß das Berliner Tageblatt mitzuteilen, daß das Reichswirtschaftsministerium mit dem Studium der Kartellgesetzgebung des Auslandes beschäftigt ist, um, wenn nötig, auch in Deutschland die Kartellordnung zu verschärfen. Auch wird im Reichswirtschaftsministerium ein Gesetzentwurf über die Offenbarungspflicht der Verabredungen zu öffentlichen Verdingen vorbereitet. Wie das Blatt weiter hört, will sich die Reichsregierung bei ihrem Bemühen um den Abbau der Preise vor allem auf die Preisprüfstellen stützen, die der Exekutive der Länder unterstehen. Es soll dafür gesorgt werden, daß sich vor allem die Herabsetzung der Umsatzsteuer auswirkt.

Der Kampf um den Preisabbau.

Am Freitag fanden im Reichswirtschaftsministerium Verhandlungen mit den Vertretern des Großhandels und der Marktenartikelerzeuger statt, um eine Preisentwertung für diese Waren zu erzielen. Bei dieser Besprechung waren vor allem Drogenvertreter derjenigen Industrie beteiligt, die lebenswichtige Marktenartikel, wie Gerstenkleben, Margarine, Mehlkaffee usw. herstellen. Wie wir erfahren, haben die Vertreter des Handels und der Industrie die Zustimmung, die Ermäßigung der Umsatzsteuer zum Anlaß zu nehmen, um eine Revision der Preise bezug der Preisspannen herbeizuführen. Des weiteren werden in den nächsten Tagen erneute Verhandlungen mit den Banken stattfinden, um eine Herabsetzung der Provisionen und der Verzinsungsprovisionen zu erreichen.

Das Zentrum vor der Entscheidung.

Der Reichsparteivorstand des Zentrums, der für den 5. Oktober nach Baderborn einberufen worden ist, wird, wie wir hören, eine Reihe sehr wichtiger innerpolitischer Fragen zu entscheiden haben. Im Vordergrund stehen folgende drei Probleme, die für die künftige Zentrumspolitik ausschlaggebend sein werden: 1. die Wirkkrise, 2. die Frage der Annäherung an die bayerische Volkspartei, 3. die Einstellung des Zentrums als Regierungspartei. Nach den letzten Vorgängen im Zentrum zu urteilen, dürfte die Wirkkrise glatt überwunden werden, denn die Rückkehr Dr. Wehrs zur Reichstagsfraktion erscheint gesichert. Möglich ist aber, daß ein Wechsel in der Führung der Reichstagsfraktion eintritt, die man wieder unter die Leitung des früheren Reichskanzlers Dr. Marx bringen will. Dr. Marx, den man für die nächsten Monate im Hinblick auf das Reichsschulgesetz und auf das Reichsfinanzgesetz besonders braucht, wird jedenfalls nach wie vor die maßgebende Rolle im Zentrum spielen. Im übrigen wird erklärt, daß die Reichsparteivorstände eine Resolution über die innenpolitische Linie des Zentrums beschließen werden, in der festgehalten werden soll, daß die Partei nach wie vor auf dem Boden der Politik der Mitte steht.

Der polnische Irredentismus.

Es ist der Warschauer Regierung außerordentlich peinlich, daß in Deutschland die enge Verbindung der polnischen Regierung mit dem irredentistischen Weimarer Bund bekannt geworden ist. Hat sich doch herausgestellt, daß der Weimarer Bund von der Regierung in aller Form mit der Organisation einer polnischen Irredenta in den bei Preußen verbliebenen Gebieten beauftragt worden ist. Die Weimarer Regierung hat die Warschauer Regierung zur Verfügung und leitet sie über das polnische Generalkonsulat in Königsberg. Auch die polnische Gesandtschaft in Berlin ist außerordentlich kompromittiert, da ihr nachgewiesen werden konnte, daß sie die Propagandabürokratie in den Grenzgebieten von Berlin aus finanziert und geleitet hat. Es ist verständlich, daß die polnischen Behörden eine strenge Untersuchung eingeleitet haben, wen die Schuld an dem Bekanntwerden dieser Tatsachen trifft.

Einheitliche Stimmabgabe Preußens im Reichsrat.

Der Verfassungsausschuß des Preussischen Landtages beschäftigte sich mit der Vertretung Preußens im Reichsrat. Von den 26 preussischen Stimmen sind jetzt 13 den preussischen Provinzen zugebilligt. Bei der Stellvertretung der Provinzialmitglieder war es bisher vorgekommen, daß ein Hauptvertreter nicht seinen auf einem anderen politischen Standpunkt stehenden provinziellen Vertreter im Bedarfsfall mit seiner Vertretung beauftragte, sondern einen Parteifreund aus einer ganz anderen Provinz. Demgegenüber beschloß der Ausschuß, daß jedes Mitglied mit der Vertretung nur seinen in der gleichen Provinz gewählten Stellvertreter zu beauftragen hat. Ein sozialdemokratischer Antrag, außer diesem provinziellen Stellvertreter auch die Bevollmächtigung an ein vom Staatsministerium beauftragtes Mitglied zu gestatten, wurde mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums gegen Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt, ebenso ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung der Verhältniswahl für die Bestimmung der provinziellen Vertreter durch die Provinzialparlamente. In einer lebhaften Auseinandersetzung kam es über einen sozialdemokratischen Antrag, die Frage zu prüfen, ob eine einheitliche Stimmabgabe sämtlicher preussischer Vertreter zweckmäßig und nach der Reichsverfassung zulässig sei. Der Berichterstatter, Abg. Vadt (Soz.) bejahte beide Fragen. Auch die Abg. v. Campe (D. Vp.) und Haff (Dem.) stimmten dieser Auffassung zu. Der Abg. Lauscher (Zentr.) verneinte die Zweckmäßigkeit der einheitlichen Stimmabgabe und auch ihre juristische Zulässigkeit, da man den Provinzen die von ihnen einmal ausgeübten Rechte nicht mehr nehmen könne. Auch die Deutschnationalen Abg. Hoffmann und Wäcker äußerten verfassungsrechtliche Bedenken. Die Kommunisten erklärten sich für die Vereinheitlichung der Stimmabgabe. Schließlich sprach sich der Ausschuß mit Mehrheit gegen Zentrum und Deutschnationalen für diese Vereinheitlichung aus.